

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0281/2018/BV

Datum:
03.09.2018

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:
Dezernat IV, Bürger- und Ordnungsamt

Betreff:

Aufruf zur Bereitschaft zur Aufnahme Geflüchteter

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 24. Oktober 2018

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	18.09.2018	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	18.10.2018	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit und der Ausländerrat/Migrationsrat empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird gebeten

- sich dem Appell der Oberbürgermeister der Städte Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln anzuschließen, dass es intensive politische Anstrengungen geben muss, die Situation im Mittelmeer zu lösen, bis es eine europäische Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten gibt.*
- in einem Brief an die Bundeskanzlerin zu signalisieren, dass deshalb auch Heidelberg im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit ist, freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen.*

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
<ul style="list-style-type: none">• Da die Kosten für die Unterbringung und Versorgung von vielen Variablen abhängig ist (vorhandene Kapazitäten, Aufenthaltsdauer, Status, Krankenhilfearaufwand, Familiensituation, et cetera), ist eine realistische Schätzung der Kosten im Voraus nicht möglich.	
Einnahmen:	
Finanzierung:	
Folgekosten:	

Zusammenfassung der Begründung:

DIE LINKE/PIRATEN beantragen einen „Aufruf zur Bereitschaft zur Aufnahme Geflüchteter“ des Gemeinderates. Kommunen, die sich freiwillig bereit erklären, Flüchtlinge aufzunehmen, können rechtlich nicht selbständig handeln. Die Bundesregierung muss vorher das rechtliche Aufnahmeverfahren regeln. Möglich wäre aber ein Appell des Oberbürgermeisters – wie der der Städte Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln – und ein Schreiben an die Bundesregierung, dass auch Heidelberg im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit ist, freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen.

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 18.09.2018

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am 18.09.2018

2.1 Aufruf zur Bereitschaft zur Aufnahme Geflüchteter Beschlussvorlage 0281/2018/BV

Bürgermeister Dr. Gerner verweist auf die beiden vorliegenden **Sachanträge** der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/PIRATEN (Anlage 01 zur Drucksache):

Wir beantragen zu diesem Tagesordnungspunkt die Zuziehung von Mia Lindemann (Vorsitzende des Asyl Arbeitskreis) als Sachverständige.

und der SPD-Fraktion (Anlage 02 zur Drucksache):

Wir bitten die Stellungnahme der Verwaltung um einen ergänzenden Punkt zu erweitern: Seenotrettung.

Zum Sachantrag der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/PIRATEN verweist Herr Dr. Gerner auf sein Schreiben vom 12.09.2018 an Stadträtin Mirow, welches nachrichtlich auch an die anderen Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit geschickt wurde, nach dem die Zuziehung von Frau Lindemann im heutigen Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit aus formalen Gründen nicht erfolgen kann. Möglich wäre die Verschiebung des Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am 16.10.2018, des Ausländerrates/Migrationsrates am 25.10.2018 und des Gemeinderates am 22.11.2018, über die Zuziehung könne dann im Ältestenrat am 19.09.2018 abgestimmt werden.

Über die Verschiebung wird zunächst kontrovers diskutiert; Stadträtin Mirow plädiert für die Verschiebung aufgrund der Wichtigkeit der Zuziehung von Frau Lindemann; außerdem hätten Unterstützer des Antrags aus der Bürgerschaft aufgrund der in Aussicht gestellten Verschiebung die Sitzung bereits wieder verlassen, die Beteiligung der Öffentlichkeit bei dieser Sache sei aber wichtig.

Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder ist allerdings aufgrund der Wichtig- und Dringlichkeit des Themas für die Behandlung des Tagesordnungspunktes und **beantragen** eine Unterbrechung der Sitzung, um Frau Lindemann zu hören, weshalb keine Verschiebung erfolgt.

=== Sitzungsunterbrechung von 18.43 Uhr bis 18.48 Uhr ===

Frau Lindemann wird während der Sitzungsunterbrechung die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. In ihrem Beitrag schildert sie die verheerende Situation aufgrund der geschlossenen Häfen im Mittelmeer und betont die Wichtigkeit dieses politischen Signals, auch wenn es sich in erster Linie um eine symbolische Geste handelt.

In der anschließenden Diskussion melden sich zu Wort:

Stadträtin Mirow, Stadtrat Mumm, Stadtrat Föhr, Stadträtin Dr. Detzer, Stadträtin Stolz, Stadtrat Emer, Stadtrat Breer, Stadtrat Kutsch, beratendes Mitglied Heinze, Stadtrat Holschuh

Die Diskussion hat folgenden Inhalt:

Die CDU bittet um getrennte Abstimmung der beiden Punkte im Beschlussvorschlag. Sie werden dem Beschluss zustimmen, dass sich Heidelberg dem Appell der Städte Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln anschließt. Der freiwilligen Aufnahme von Flüchtlingen in Heidelberg wird die CDU allerdings nicht zustimmen – in Baden-Württemberg gebe es keine Kapazitätsprobleme, weshalb diese Zusage nur dazu führen würde, dass andere Kommunen entlastet würden. Dadurch käme kein Flüchtling mehr nach Deutschland, deshalb sei diese Symbolpolitik auch irreführend.

Dem widersprechen DIE LINKE/PIRATEN, die SPD, die Fraktionsgemeinschaft GAL/HD P&E, die Grünen und die Bunte Linke. Es sei wichtig, hier als Kommune ein Zeichen zu setzen, dies sei mehr als nur ein Symbol.

Da aus zeitlichen Gründen in der Fraktionsgemeinschaft der FDP/FWV keine Absprache zur freiwilligen Aufnahme in Heidelberg erfolgen konnte, wird Stadtrat Breer sich beim zweiten Teil des Beschlussvorschlages enthalten.

Bürgermeister Dr. Gerner schlägt vor, den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der Bitte um getrennte Abstimmung und des Sachantrags der SPD (**siehe Halbsatz in fett**) wie folgt zu formulieren:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit und der Ausländerrat/Migrationsrat empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird gebeten,

- 1. sich dem Appell der Oberbürgermeister der Städte Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln anzuschließen, dass es intensive politische Anstrengungen geben muss, die Situation im Mittelmeer zu lösen, bis es eine europäische Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten gibt **und sichere Fluchtwege und die Fortführung der Seenotrettung als Bestandteil einer menschenwürdigen Asylpolitik zu fordern,***
- 2. in einem Brief an die Bundeskanzlerin zu signalisieren, dass deshalb auch Heidelberg im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit ist, freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen.*

Im Anschluss erfolgt eine getrennte Abstimmung des Beschlussvorschlages, zunächst über Ziffer 1:

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Dann über Ziffer 2:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (09:02:01)

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Kultur (Änderungen in fett):

Der Oberbürgermeister wird gebeten,

- *sich dem Appell der Oberbürgermeister der Städte Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln anzuschließen, dass es intensive politische Anstrengungen geben muss, die Situation im Mittelmeer zu lösen, bis es eine europäische Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten gibt **und sichere Fluchtwege und die Fortführung der Seenotrettung als Bestandteil einer menschenwürdigen Asylpolitik zu fordern,***
- *in einem Brief an die Bundeskanzlerin zu signalisieren, dass auch Heidelberg im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit ist, freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen.*

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderung/en

Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2018

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2018

15.1 Aufruf zur Bereitschaft zur Aufnahme Geflüchteter Beschlussvorlage 0281/2018/BV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner verweist auf den durch einen SPD-Antrag ergänzten Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 18.09.2018, der den von der Verwaltung vorgeschlagenen Appell um die Forderung nach sicheren Fluchtwegen sowie die Fortführung der Seenotrettung als Bestandteil einer menschenwürdigen Asylpolitik ergänzt.

Es folgt eine ausführliche Diskussion im Gremium, an der sich Stadträtin Mirow, Stadtrat Föhr, Stadtrat Mumm, Stadträtin Stolz, Stadtrat Breer, Stadtrat Emer, Stadträtin Deckwart-Boller, Stadtrat Butt sowie Stadtrat Niebel beteiligen.

Im Laufe der Aussprache beantragt Stadtrat Föhr getrennte Abstimmung des Beschlussvorschlages. Punkt 1 könne man zustimmen. Bei Punkt 2 sei es unverantwortlich, bei dieser Faktenlage eine freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen anzubieten.

Stadtrat Breer bittet darum, Punkt 2 dahingehend zu ergänzen, dass die Bundeskanzlerin gebeten werde, das Einwanderungsgesetz voranzutreiben, das eine schnelle und unbürokratische Beschäftigung von Geflüchteten ermöglicht.

Nach Abschluss einer ausführlichen Aussprache fasst Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner den Willen des Gemeinderates zu der von Stadtrat Breer beantragten Ergänzung des Punktes 2 wie folgt zusammen:

Heidelberg appelliert an die Bundesregierung, das Einwanderungsgesetz entsprechend voranzubringen zum Thema Beschäftigung.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner ruft Punkt 1 des **Beschlussvorschlages** des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit (siehe Halbsatz in **fett**) zur Abstimmung auf:

Der Oberbürgermeister wird gebeten,

- 1. sich dem Appell der Oberbürgermeister der Städte Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln anzuschließen, dass es intensive politische Anstrengungen geben muss, die Situation im Mittelmeer zu lösen, bis es eine europäische Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten gibt **und sichere Fluchtwege und die Fortführung der Seenotrettung als Bestandteil einer menschenwürdigen Asylpolitik zu fordern,***

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 1 Gegenstimme und 6 Enthaltungen

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner ruft Punkt 2 des **Beschlussvorschlages** der Verwaltung zur Abstimmung auf, der ergänzt wird um den von Stadtrat Breer beantragten Satz (Ergänzung in **fett**):

Der Oberbürgermeister wird gebeten,

2. *in einem Brief an die Bundeskanzlerin zu signalisieren, dass deshalb auch Heidelberg im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit ist, freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen,*
3. ***an die Bundesregierung zu appellieren, das Einwanderungsgesetz entsprechend voranzubringen zum Thema Beschäftigung.***

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 29 : 7 :4 Stimmen

Stadtrat Lachenauer meldet sich zur **Geschäftsordnung** und gibt eine **Erklärung zum Abstimmungsverhalten** ab. Die Fraktion der Heidelberger habe sich bewusst nicht an der Diskussion und an der Abstimmung beteiligt, um Spekulationen einzelner Wortnuancen keinen Raum zu bieten. Die Situation im Mittelmeer sei unmenschlich und untragbar und bedürfe einer schnellen Lösung. Das sei unstrittig. Man sehe allerdings keine Zuständigkeit des Gemeinderates.

Beschluss des Gemeinderates (Ergänzungen in fett)

Der Oberbürgermeister wird gebeten,

- *sich dem Appell der Oberbürgermeister der Städte Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln anzuschließen, dass es intensive politische Anstrengungen geben muss, die Situation im Mittelmeer zu lösen, bis es eine europäische Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten gibt **und sichere Fluchtwege und die Fortführung der Seenotrettung als Bestandteil einer menschenwürdigen Asylpolitik zu fordern,***
- *in einem Brief an die Bundeskanzlerin zu signalisieren, dass auch Heidelberg im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit ist, freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen,*
- *an die Bundesregierung zu appellieren, das Einwanderungsgesetz entsprechend voranzubringen zum Thema Beschäftigung.*

gezeichnet

Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: beschlossen mit Änderungen

Begründung:

Mit Antrag, Drucksache 0045/2018/AN vom 28.06.2018 beantragte die Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/PIRATEN die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Aufruf zur Bereitschaft zur Aufnahme Geflüchteter“ im Gemeinderat. Angesichts der Machtauseinandersetzung an der Regierungsspitze, die auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen werde, sei man sehr besorgt um die Achtung der Menschenrechte in Europa und in Deutschland. Diese Politik gefährde Menschenleben, weshalb sich Städte wie Berlin und Barcelona bereits bereit erklärt hätten, Geflüchtete aufzunehmen.

Auch Heidelberg habe sich bereits in den Jahren 2009 und 2017 mit einem Gemeinderatsbeschluss dafür ausgesprochen, Resettlement- beziehungsweise Relocation-Flüchtlinge aufzunehmen. Es seien auch jetzt genügend Ressourcen da, um Flüchtlinge aufzunehmen, sowohl in den Gemeinschaftsunterkünften zur vorläufigen als auch in der Anschlussunterbringung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zunächst sind die Begrifflichkeiten Relocation und Resettlement voneinander zu unterscheiden:

1.1. Relocation-Programm

Die Auswahl der schutzsuchenden Personen im aktuell laufenden Relocation-Programm basiert auf Vorschlägen von staatlichen Stellen in Italien und in Griechenland mit Unterstützung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO). Es handelt sich dabei um Personen, die bereits einen Asylantrag in Italien beziehungsweise Griechenland gestellt haben und bei denen eine hohe Schutzquote von mindestens 75 % zu erwarten ist. Schutzsuchende, die bereits in einem anderen europäischen Land einen Asylantrag gestellt haben, werden nicht von den nationalen Stellen für das Relocation-Programm vorgeschlagen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erteilt dann in einem weiteren Schritt Aufnahmezusagen. Die über Relocation in Deutschland eingereisten Personen müssen das Asylverfahren vollständig durchlaufen. Sie werden auf die Bundesländer gemäß des Königsteiner Schlüssels verteilt.

Im März 2017 hatte der Gemeinderat den Beschluss gefasst, dass er das sogenannte Relocation-Programm begrüßt und signalisiert, dass Heidelberg im Rahmen seiner Möglichkeiten zu einer Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Programm mit Bezug zu Heidelberg bereit ist; außerdem einen Auftrag an die Verwaltung, mit einem Schreiben des Oberbürgermeisters an die Bundesregierung zu appellieren, sich für eine zügige Umsetzung des Programms einzusetzen.

Seither wurden im Rahmen des Relocation-Programms durch die Stadt Heidelberg 50 Personen freiwillig aufgenommen.

1.2. Resettlement-Programm

Das Resettlement ist ein internationales Instrument zur Lösung langanhaltender Fluchtsituationen. Es soll Geflüchteten Schutz bieten, wenn ihr Leben, ihre Freiheit, Sicherheit, Gesundheit und andere fundamentale Rechte in den Staaten, in die sie bereits geflohen sind – in den sogenannten Erstzufluchtsstaaten – weiterhin gefährdet sind beziehungsweise wenn der dauerhafte Verbleib dort nicht zumutbar erscheint.

Deutschland gehört seit 2012 pilotweise und seit 2014 dauerhaft zur internationalen Gemeinschaft der Resettlement-Staaten, der weltweit mehr als 30 Länder angehören. Im Rahmen des Programms werden solche Flüchtlinge aufgenommen, die unter den aktuellen Aufenthaltsbedingungen nachweislich keinen ausreichenden Schutz erhalten.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) prüft die Flüchtlingseigenschaft und die Bedarfslagen der Betroffenen und schlägt geeignete Personen für das Resettlement-Programm vor. Die letztendliche Auswahl der Resettlement-Flüchtlinge treffen die Aufnahmestaaten. Sie legen jährlich auf freiwilliger Basis eine Quote für aufzunehmende Personen fest.

In den Jahren 2012 bis 2014 lag die Aufnahmequote Deutschlands bei 300 Personen jährlich. Im Jahr 2015 wurde diese Quote auf 500 erhöht. In den Jahren 2016 und 2017 beteiligte sich Deutschland am EU-Resettlement-Pilotprogramm mit der Aufnahme von insgesamt 1.600 Flüchtlingen. 2018 und 2019 stellt Deutschland 10.200 weitere Plätze zur Verfügung - 2018 sollen 4.600 Flüchtlinge nach Deutschland kommen, 2019 sollen 5.600 weitere folgen.

Hintergrund ist die Empfehlung der Europäischen Kommission, EU-weit bis Oktober 2019 50.000 Resettlement-Plätze zu schaffen. Bis Oktober 2018 sollen 50 % der versprochenen Neuansiedlungen durchgeführt worden sein. Die Plätze sollen weiterhin für jene Schutzsuchenden bereitgestellt werden, die sich derzeit in der Türkei, dem Libanon und Jordanien aufhalten. Zugleich soll Resettlement aus Nordafrika und vom Horn von Afrika stärker in den Fokus rücken, vor allem aus Libyen, Ägypten, Niger, Sudan, Tschad und Äthiopien.

Eine neue Aufnahmeanordnung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat liegt aktuell außerdem für die Aufnahme von 300 Schutzbedürftigen aus Syrien, Irak, Eritrea, Somalia und Palästina vor. Aufgrund der besonderen Fluchtgeschichte sind die aufzunehmenden Personen stark traumatisiert. Unter den besonders Schutzbedürftigen befinden sich auch unbegleitete Minderjährige.

Die Weiterverteilung der Flüchtlinge erfolgt nach Maßgabe des für die Verteilung von Asylbewerbern festgelegten Schlüssels und unter Berücksichtigung familiärer und integrationsförderlicher Bindungen in Deutschland. Im Gegensatz zu den Relocation-Flüchtlingen müssen aufgenommene Menschen im Resettlement-Verfahren kein Asylverfahren durchlaufen.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung wurde am 01.08.2015 nach Abschluss der Pilotphase mit § 23 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz eine eigenständige Rechtsgrundlage für die Aufnahme von Resettlement-Flüchtlingen geschaffen. Mit der Neuregelung soll Resettlement-Flüchtlingen eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland ermöglicht werden. Sie erhalten eine Aufenthaltserlaubnis.

1.3. Initiative der Städte Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln

In den vergangenen Wochen konnten Schiffe, die im Mittelmeer Flüchtlinge und Migranten gerettet hatten, aufgrund des politischen Stillstandes zunächst nirgendwo anlegen. Die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR sowie IOM, die Internationale Organisation für Migranten, haben deshalb die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dazu aufgerufen, gemeinsame Maßnahmen für den gesamten Mittelmeerraum zu beschließen. Das Thema wurde beim letzten EU-Gipfel im Juni in Brüssel thematisiert. Aus dem Mittelmeer gerettete Migranten und Migrantinnen sollen in „kontrollierte Zentren“ gebracht werden können, die einzelne willige EU-Staaten einrichten. Von dort könnten sie verteilt werden, sofern sie schutzberechtigt sind – allerdings nur an Staaten, die sie aufnehmen wollen. Weitere politische Diskussionen und Entscheidungen stehen an.

Aufgrund oben genannter Situation haben die Oberbürgermeister von Bonn, Düsseldorf und Köln und danach Freiburg der Bundesregierung angeboten, Flüchtlinge aufzunehmen. Die Oberbürgermeister dieser Städte wollen sich unter anderem dafür einsetzen, dass die Seenotrettung im Mittelmeer wiederaufgenommen wird. Auch Berlin hat sich grundsätzlich bereit erklärt, Hilfe zu leisten und Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Bundesregierung hatte Mitte Juli erklärt, 50 der rund 450 Bootsflüchtlinge aufzunehmen, die sich nach ihrer Rettung durch die EU-Grenzschutzbehörde Frontex in italienischen Gewässern befanden. Eine entsprechende Aufnahmeverordnung der Bundesregierung liegt derzeit noch nicht vor. Die Bundesregierung strebt weiterhin eine europäische Gesamtlösung an, weitere Aussagen sind noch nicht getroffen.

Unabhängig davon können Kommunen, die sich freiwillig bereit erklären, Flüchtlinge aufzunehmen, rechtlich nicht selbständig handeln. Die Bundesregierung muss vorher das rechtliche Aufnahmeverfahren regeln.

1.4. Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Vorgehen

Der Heidelberger Oberbürgermeister schließt sich dem Appell der Oberbürgermeister der Städte Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln an, dass es intensive politische Anstrengungen geben muss, die Situation im Mittelmeer zu lösen, bis es eine europäische Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten gibt.

Der Oberbürgermeister signalisiert in einem Brief an die Bundeskanzlerin, dass deshalb auch Heidelberg im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit ist, freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern Begründung: Der Appell an die Bundesregierung, dass auch Heidelberg im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit ist, freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen, soll den Menschen, die im Mittelmeer in Not geraten, helfen, bis es eine europäische Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten gibt.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Sachantrag der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE / PIRATEN vom 10.09.2018
02	Sachantrag der SPD-Fraktion vom 18.09.2018 (Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am 18.09.2018)